

D3

Titel Bekenntnis zu den deutschen Freiwilligendiensten

AntragstellerInnen Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bekenntnis zu den deutschen Freiwilligendiensten

1 Wir lehnen die Reaktivierung der Wehrpflicht außerhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalls ab. Darüber
2 hinaus weisen wir die Forderung nach der Einführung eines wie auch immer gestalteten Pflichtdienstes im so-
3 zialen, pädagogischen oder in sonstigen Bereichen in der Bundesrepublik zurück. Wir fordern den Gesetzgeber
4 auf, die in Art. 12a GG festgeschriebene Wehrpflicht nicht nur im Wehrpflichtgesetz, sondern auch im Grund-
5 gesetz auf den Spannungs- und Verteidigungsfall zu beschränken. Darüber hinaus soll Art. 12 GG dergestalt
6 angepasst werden, dass keine Diskriminierung zwischen den Geschlechtern mehr vorliegt.

7 Stattdessen setze sich die SPD dafür ein, die Freiwilligendienste endlich angemessen zu fördern. Die Freiwilli-
8 gendienste haben noch enormes Ausbaupotenzial, welches es zu heben gilt. Dies kann erfolgen durch:

- 9 • Ermöglichung eines flächendeckenden Jugendfreiwilligendienstes in Teilzeit, um insbesondere Barriere-
10 ren für alleinerziehende oder beeinträchtigte Menschen abzubauen
- 11 • Drastische Erhöhung des Taschengeldes für Dienstleistende auf das inflationsbereinigte Niveau des
12 früheren Zivildienstsoldes, da sich viele junge Menschen einen Freiwilligendienst nicht leisten können,
13 wenn die Eltern nicht zahlungskräftig sind
- 14 • Die Fahrtkostenübernahme zum Einsatzort
- 15 • Eine bundeseinheitliche Regelung der Boni auf Studienplatzvergabekriterien
- 16 • Befreiung der Dienstleistenden von Rundfunkgebühren
- 17 • Aufhebung der Verrechnung eines Großteils des Taschengeldes jener Dienstleistenden, die in Bedarfs-
18 gemeinschaften leben, mit dem Haushaltseinkommen
- 19 • Erhöhung der Förderpauschale für Jüngere oder Jugendliche mit Migrationshintergrund und noch man-
20 gelhaften Deutsch-Kenntnissen
- 21 • intensivere Betreuung, häufigere Besuche in der Einsatzstelle und insbesondere Präsenz der Betreue-
22 rinnen und Betreuer bei Überlastung und in Krisensituationen
- 23 • Zusätzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub sowie zentral organisierte, hochkarätige und kosten-
24 freie/günstige Seminare, Konferenzen, Weiterbildungen und Bildungsreisen ins europäische Ausland
- 25 • Zyklische Anpassung der öffentlichen Zuschüsse für die pädagogische Begleitung, welche seit Jahren
26 konstant und damit inflationsbereinigt rückläufig sind.
- 27 • Zielgruppengerichtetes Bewerben der Freiwilligendienste, um Unterrepräsentation von Männern und
28 Menschen mit niedrigeren Schulabschlüssen zu dämpfen
- 29 • Bewerben der Freiwilligendienste in Kooperation mit Multiplikator-Organisationen, wie etwa Mi-
30 grant*innenverbänden
- 31 • Bewerben möglicher Lernerfahrungen in und verbesserter beruflicher Chancen durch Freiwilligen-
32 dienste

- 33 • Bewerben von Jugendfreiwilligendiensten mit Einsatzort Deutschland im Ausland

34 **Begründung**

35 **Eine Idee von vorgestern, wiederbelebt in den Abgründen des Sommerlochs**

36 Die Generalsekretärin der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen all-
37 gemeinen Pflichtdienst in der Bundeswehr oder im sozialen Bereich zum Kernthema auf dem kommenden
38 Unions-Parteitag zu machen. Nach ihrer Vorstellung könnte die Forderung somit im nächsten Schritt Eingang
39 in das nächste Wahlprogramm der Unionsparteien finden. Erwartbar schlossen sich in der Tiefe des Sommer-
40 lochs zahlreiche Union-Landesverbände sowie allen voran die Junge Union Kramp-Karrenbauers Forderung
41 an.

42 Sehr zur unserer Sorge reihten sich in die nachfolgende Debatte aber auch zahlreiche SPD-Politikerinnen
43 und Politiker, wie etwa der verteidigungspolitische Sprecher der SPD im Bundestag, Fritz Felgentreu, oder
44 Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, in den Kanon der Pflichtdienst-
45 Befürworter ein. Die Positionen dieser Personen lassen jegliche ökonomische und arbeitsmarktpolitische Ex-
46 pertise vermissen – haben zugleich jedoch gemein, dass ihnen ein völlig verdrehtes Menschenbild zugrunde
47 liegt.

48

49 **Zwangsdienstleistende können weder in der Bundeswehr, noch im sozialen Bereich den Fachkräfte-**
50 **mangel beheben**

51 Der Gedanke, ein derartiger Zwangsdienst könne die angespannte Personalsituation beispielsweise in der Pfl-
52 ege auflösen, entspricht nicht nur Wunschdenken, sondern ist arbeitsmarktpolitisch sogar völlig irreführend.
53 Pflege bedarf im Jahr 2018 und auch in der Zukunft qualifizierter Fachkräfte. Hastig geschulte Zwangsdienst-
54 leistende können in ihrer kurzen Dienstphase nicht die gleiche Arbeitsqualität erbringen. Gerade im Pflege-
55 bereich und dem damit einhergehenden Kontakt mit gebrechlichen Menschen kommt hinzu, dass die Arbeit
56 Zwangsverpflichteter im Gegensatz zur Arbeit adäquat geschulter und bezahlter Fachkräfte von einem signi-
57 fikanten Motivationsdefizit gekennzeichnet wäre. Einfachste Hilfsarbeiten hingegen, die früher oft durch Zivil-
58 dienstleistende übernommen wurden, können in absehbarer Zeit durch Automatisierung ökonomisch weitaus
59 effizienter ersetzt werden. Selbstfahrende Autos und fortschrittliche Pflegeroboter sind schon lange keine fer-
60 ne Zukunftsvision mehr.

61 Auch in einer modernen Bundeswehr haben Zwangsdienstleistende „ausgedient“. Alle für uns denkbaren Ein-
62 satzscenarien der Bundeswehr erfordern eine Armee hochspezialisierter Fachkräfte, die im Umgang mit milli-
63 ardenteurem technischem Gerät zu Luft, zu Wasser und zu Land versiert sein müssen. Der Einsatz kurzfristig
64 geschulter Zwangsverpflichteter im Rahmen eines Pflichtjahres in derartigen Szenarien mutet im Jahr 2018
65 geradezu absurd an. Die Einführung eines Zwangsdienstes zur numerischen Aufrechterhaltung der Bundes-
66 wehr wäre lediglich ein öffentliches Eingeständnis der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit des Berufsbildes
67 Soldat/Soldatin in der Bundeswehr und würde die Attraktivität des selbigen sogar weiter schädigen.

68 So unterschiedlich die beiden Sektoren auch sein mögen: Sie haben gemein, dass nur eine deutliche Aufwer-
69 tung der betroffenen Berufsbilder zur Aufhebung des personellen Notstandes führen kann. Dazu bedarf es
70 Verbesserungen in der Ausbildung, in der Entlohnung, in Weiterbildungsmöglichkeiten, in der Flexibilität der
71 Arbeitszeiten, im Arbeitsvolumen. Beide Berufsbilder benötigen klarere Perspektiven für die Spätphase des Ar-
72 beitslebens. Ein Zwangsdienst hingegen hätte fatale Auswirkungen: Reform- und Lohnanpassungsdruck wür-
73 den sinken – und analog dazu die Verfügbarkeit von Fachkräften in der Zukunft.

74

75 **Zwangsdienste sind ökonomischer Nonsens**

76 Substantielle Lohnsteigerungen gerade in der Pflege sind dringend erforderlich, um insbesondere Arbeitneh-
77 merinnen nach einem körperlich erschöpfenden Arbeitsleben vor Altersarmut und staatlichen Transferleis-
78 tungen zu bewahren. Die Wunschvorstellung konservativer Kräfte nach einer Entlastung des Sektors durch
79 Zwangsdienstleistende hingegen kommt einem Leugnen der kapitalistischen Spielregeln („Angebot und Nach-
80 frage“) im Arbeitsmarkt gleich. Junge Menschen entschließen sich nämlich hauptsächlich wegen der misera-
81 blen Bezahlung gegen eine Tätigkeit im sozialen Bereich. Hier offenbart sich die ganze Perfidie des Neolibe-
82 ralismus: Nur dort, wo die die Regeln des Marktes den Menschen in prekärer Beschäftigung nützen, aber

83 die Rendite des Kapitals gefährden könnten, soll die Politik eingreifen, um dem ein Riegel vorzuschieben und
84 die Marktlogik auszusetzen. Stattdessen möchte man kurzerhand einen neuen Niedrigstlohnsektor etablie-
85 ren.

86 Doch nicht nur hinsichtlich der Aushebelung dringend notwendiger Anpassungsprozesse im Arbeitsmarkt ist
87 die Forderung ein fataler Irrweg. Das Zwangsjahr ist auch untrennbar mit immensen Opportunitätskosten ver-
88 bunden – also dem entgangenen Nutzen oder Profit jener Handlungsalternativen, die durch den Zwangsdienst
89 in selbiger Zeitperiode nicht ergriffen werden konnten. Wer einen Zwangsdienst ableisten muss, startet erst
90 ein Jahr später in die eigentliche Berufslaufbahn und erwirtschaftet damit im Berufsleben ein Jahresgehalt we-
91 niger. Nun könnte man belächeln, dass der entgangene Verdienst eines Jugendlichen zu verschmerzen sei.
92 Die Opportunitätskosten greifen aber nicht im ersten Berufsjahr, sondern im letzten: Unter sonst gleichen
93 Rahmenbedingungen erreichen Zwangsdienstleistende jede Gehaltsstufe ein Jahr später – unter dem Strich
94 fehlt also das Gehalt des letzten Berufsjahres. Das Durchschnittsgehalt jenes letzten Verdienstjahres beträgt in
95 Deutschland jedoch mehr als 50.000 Euro und leistet somit einen fundamentalen Beitrag zur Wertschöpfung
96 der deutschen Volkswirtschaft, zu den Steuereinnahmen der Öffentlichen Hand und insbesondere zur Alters-
97 versorgung der Individuen. Die Einführung eines Zwangsjahres für Jugendliche zu fordern, während man auf
98 der anderen Seite die mangelnde Tragfähigkeit des Rentensystems beklagt, kann damit getrost als Zynismus
99 in Reinform bezeichnet werden.

100 In der Summe betrachtet ist die Anstellung von Fachkräften im sozialen Bereich sowie der Bundeswehr zwar
101 kurzfristig teurer als der Einsatz von Zwangsdienstleistenden, langfristig jedoch eindeutig effizienter und damit
102 volkswirtschaftlich produktiver und zugleich nachhaltiger für unsere Sozialsysteme.

103 Bei dieser Betrachtung vollkommen ausgeklammert blieb dabei bisher § 3 Abs. 1 Satz 2 des Bundesfreiwilligen-
104 dienstgesetzes: Das schon seit Jahrzehnten und bereits in Zeiten des Zivildienstes zurecht gültige Prinzip der
105 Arbeitsmarktneutralität regelt eindeutig, dass fehlende Fachkräfte nicht durch wie auch immer geartete Billig-
106 dienste substituiert, also ersetzt werden dürfen. Arbeitsmarktpolitische Versäumnisse und der Pflegenotstand
107 dürfen also durch einen Zwangsdienst aktuell gar nicht behoben werden.

108 Auch auf die Systemkosten ist einzugehen. Die verbandlichen Zentralstellen für Freiwilligendienste monier-
109 ten jüngst in einer gemeinsamen Pressemitteilung, in der aktuellen Debatte würden die immensen Kosten
110 zur Organisation eines Zwangsdienstes ignoriert: „Mit einem Bruchteil dieser Kosten könnte der seit langem
111 geforderte qualitative wie quantitative Ausbau der Freiwilligendienste erreicht werden.“

112

113 **Ausgangspunkt der Debatte: Ein völlig verdrehtes Menschenbild**

114 Fern aller Fakten berufen sich die Anhänger der Idee eines Zwangsdienstes auf geradezu lächerliche Stere-
115 otype der jungen Generation. Das reicht von der provokant formulierten Frage, was denn junge Menschen
116 „zurückgeben können an die Gesellschaft“ (Fritz Felgentreu, SPD, genauso wie Paul Ziemiak, Vorsitzender der
117 Jungen Union) bis hin zu unbelegten Behauptungen, die heutige Gesellschaft sei mehr denn je geprägt von
118 Egoismus und der Suche nach persönlichen Vorteilen – junge Menschen sollten daher lernen, was eine solida-
119 rische Gesellschaft leisten könne. Das sei Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft (Antrag der AG SPD
120 60 plus Rheinland-Pfalz zur „Förderung eines Sozialen Jahres für möglichst viele junge Leute“).

121 Befürchtungen, die junge Generation sei der Untergang für die bestehende Gesellschaftsform oder gar Zivi-
122 lisation, werden nachgewiesenermaßen seit der Antike kontinuierlich formuliert und erweisen sich dabei in
123 einer erstaunlichen Tradition regelmäßig als gänzlich unbegründet. Daher überrascht es nicht, dass auch die
124 Argumente in der aktuellen Debatte einen Faktencheck nicht überstehen. So dokumentierte die letzte Shell-
125 Jugendstudie, dass junge Menschen stärker als früher bereit seien, sich für die Belange anderer Menschen
126 oder die Gesellschaft einzusetzen. Leistungsnormen, Tradition und Tugenden geben demnach der aktuellen
127 Jugend Orientierungspunkte. Stärker als früher richte die junge Generation ihre Zukunftspläne an idealisti-
128 schen Vorstellungen aus. Sie interessiere sich für gesellschaftspolitische Themen und wolle sich in soziale Ge-
129 staltungsprozesse einbringen. Werte wie Freundschaft, Partnerschaft und Familie stünden bei Jugendlichen
130 an erster Stelle – und eben nicht die unterstellte (Eigen-)Nutzenmaximierung. Ganz im Gegenteil attestiert die
131 Studie eine gestiegene Bereitschaft zu umwelt- und gesundheitsbewusstem Verhalten, während materielle
132 Motive wie Macht oder Geld an Bedeutung verloren haben.

133 In der Debatte wurde jüngst außerdem mit irreführenden bis falschen Zahlen jongliert. So behauptet der oben

134 genannte Antrag der AG SPD 60 plus Rheinland-Pfalz, nur 0,34% der Altersgruppe 18-26 Jahre entscheide sich
135 für ein soziales Jahr. Nach den Daten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFS-
136 FJ) partizipieren jedoch jährlich 40.000 Menschen beim Bundesfreiwilligendienst, von denen wiederum etwa
137 70% jünger als 28 Jahre alt sind. Zusätzlich absolvieren jährlich 60.000 Menschen in Deutschland einen Jugend-
138 freiwilligendienst. Betrachtet man nun sinnigerweise die Stärke eines einzelnen Jahrgangs (855.611 Absolven-
139 ten allgemeinbildender Schulen in 2016) anstatt einer willkürlichen Alterskohorte, so ergibt sich ein Wert von
140 etwa 10% – und ein völlig anderes Bild.

141 In der Gesamtschau zeigt sich, dass wir eine durchaus angepasste (und bisweilen als „stromlinienförmig“ ver-
142 unglimpfte) junge Generation erleben, die sich trotz aller Widrigkeiten einbringen und mitgestalten möchte.
143 Politikerinnen und Politikern, die sich dennoch über den Egoismus und die Egozentrik der heutigen Generation
144 echauffieren, legen wir daher stattdessen nahe, mal ausführlich darüber zu sinnieren, welche Weichen man
145 der Jugend denn mit der Schulreform hin zu G8 und dem Bologna-Prozess gestellt hat. Die junge Generation
146 von heute sieht sich konfrontiert mit permanentem Wettbewerb und systemischem Druck. Wir sind uns sicher
147 – mit etwas mehr Freizeit und vor allem Freiheit ließe sich das soziale Engagement der jungen Generation noch
148 einmal deutlich steigern.

149

150 **Die Alternative: Das enorme, schlummernde Potenzial unserer Freiwilligendienste**

151 Bei aller Kritik an einem Zwangsdienst möchten wir zugleich die große Bereicherung unterstreichen, welche
152 die institutionell eingebundenen Freiwilligendienste für unsere Gesellschaft als Ganzes sowie die einzelnen
153 Dienstleistenden darstellen. Freiwilligendienste dienen dem Gemeinwohl, der Selbsterfahrung, der Persön-
154 lichkeitsentwicklung, der Gewinnung von Fachkenntnissen, der Völkerverständigung, dem harmonischen Zu-
155 sammenleben in einer bunten Gesellschaft sowie der Überprüfung persönlicher Karriereoptionen – basierend
156 auf Freiwilligkeit und damit Motivation der Individuen. Konsequenterweise fordern wir daher die Stärkung der
157 Freiwilligendienste: Einerseits um den bereits Dienstleistenden endlich eine angemessenere Anerkennung ih-
158 rer Leistungsbereitschaft zuzugestehen, andererseits aber um das enorme Potenzial zu heben, die Zahl der
159 Dienstleistenden Menschen künftig zu steigern.

160 Die im Antrag eingangs formulierten Forderungen machen deutlich, dass der Ausbau der Freiwilligendienste
161 lediglich eine Frage des politischen Willens ist. Insbesondere im sozialen Bereich ließe sich dadurch der Bedarf
162 an zusätzlicher, arbeitsmarktneutraler Unterstützung leicht decken. Nach genauerer Analyse zeigt sich somit,
163 dass die Forderung nach einem allgemeinen Pflichtdienst lediglich dem Zwecke dient, die Wehrpflicht durch
164 die Hintertür erneut einzuführen – ein Rechtsschwenk und durchschaubares Manöver der konservativsten
165 Kräfte in der Union. Dem müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschlossen entgegenstre-
166 ten.